

gungsanlagen und ist gut gerüstet für die Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass die **Beratung über die Große Anfrage 39** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgeschlossen** ist.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt:

13 Fragestunde

Drucksache 17/16540

Mit der Drucksache 17/16540 liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 115, 116 und 117 aus der Fragestunde vom 26. Januar 2022 sowie die Mündliche Anfrage 120 vor.

In Abstimmung mit der Fragestellerin und dem Fragesteller rufe ich nun gemeinsam die

Mündliche Anfrage 115

der Abgeordneten Sigrid Beer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Thema „Warum bietet die Landesregierung angesichts der besonderen Situation der Pandemie dem Niederrhein-Kolleg Oberhausen keine Perspektive?“

und die

Mündliche Anfrage 117

des Abgeordneten Jochen Ott von der SPD-Fraktion zu dem Thema „Welche Maßnahmen hat die Landesregierung durchgeführt, um den Erhalt des Niederrhein-Kollegs in Oberhausen zu gewährleisten und diesem eine zweite Chance zu geben?“ auf.

Zweimal Oberhausen, das macht Sinn. Ich darf vorsorglich darauf hinweisen, dass gemäß § 94 Abs. 8 unserer Geschäftsordnung sowohl Frau Abgeordnete Beer als auch Herr Abgeordneter Ott jeweils bis zu drei Zusatzfragen stellen dürfen.

Die Landesregierung entscheidet wie immer in ihrer eigenen Zuständigkeit, welches Mitglied der Landesregierung die Mündliche Anfrage im Plenum beantwortet. Hier ist von der Landesregierung angekündigt worden, dass Frau Ministerin Gebauer antworten wird. – Sie haben das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir sagen lassen, dass wir heute in die Geschichte eingehen, weil erstmals zwei

Anfragen miteinander verknüpft werden; so ist es mir zumindest berichtet worden. Ich freue mich, dass wir den Anlass dazu geben.

Die Interessen unserer Schülerinnen und Schüler und auch unserer Studierenden sind maßgeblich für Entscheidungen im Bildungswesen. Darum sind die qualitativen Rahmenbedingungen der angebotenen Bildungsgänge von besonderer Bedeutung. Aus diesem Grund sind Mindestgrößenregelungen und Klassenfrequenzwerte festgelegt. Die Landesregierung steht diesbezüglich in der Verantwortung, selbst den Maßgaben gerecht zu werden, die sie auch anderen Schulträgern, in diesem Zusammenhang insbesondere den Kommunen, vorgibt und abverlangt.

Seit mehreren Jahren verzeichnet das Niederrhein-Kolleg rückläufige Studierendenzahlen. Seit dem Jahr 2018 wird die Vorgabe einer Mindestgröße von 240 Studierenden für den Bildungsgang Kolleg nicht mehr erfüllt, ja sogar deutlich unterschritten. Zuletzt wurden die Fachsemester von insgesamt lediglich 139 Studierenden sowie weiteren 10 Studierenden im Vorkurs besucht.

In einer Vielzahl von Kursen wurde der vorgegebene Klassenfrequenzwert von 20 Studierenden nicht erreicht. Wegen der geringen Studierendenzahlen verfügen die Fachschaften über nur wenige Lehrkräfte. In fünf Fächern besteht die Fachschaft aus jeweils nur einer Lehrkraft, und dies trotz des insgesamt vorliegenden Personalüberhangs. Das hat gravierende Auswirkungen auf den fachlichen Austausch untereinander. Eine Weiterentwicklung des Fachunterrichts und auch dessen Qualitätssicherung sind am Niederrhein-Kolleg perspektivisch daher nur eingeschränkt möglich.

Für die Studierenden besteht kaum Spielraum hinsichtlich der Möglichkeit, ihre Bildungslaufbahn zu gestalten. Wahlmöglichkeiten innerhalb der einzelnen Lernbereiche sind nur eingeschränkt vorhanden, und die Belegung von Leistungskursen ist aufgrund der sehr geringen Studierendenzahlen ausschließlich in den Fächern Deutsch und Biologie möglich.

Gerade mit Blick auf individuell unterschiedliche Planungen des späteren beruflichen Werdegangs stellt dies eine nicht mehr tragbare Ausgangssituation dar. Es ist für die Studierenden daher auch aus pädagogischer Sicht wesentlich sinnvoller, an eine andere Bildungseinrichtung zu wechseln. Vielfältige Angebote existieren in den umliegenden Städten.

Bezüglich der Zukunft des Niederrhein-Kollegs standen und stehen wir in einem regelmäßigen Dialog mit der Bezirksregierung Düsseldorf. Alle Gespräche, die geführt wurden, erbrachten im Ergebnis, dass die Schließung der Schule als alternativlos zu bewerten ist.

Diskutiert wurde auch die Frage einer Fusionierung des Niederrhein-Kollegs mit einem Weiterbildungs-

kolleg in kommunaler Trägerschaft, und zwar unter Beibehaltung des Standortes in Oberhausen. Zusammenlegungen dieser Art sind zwar umständlich in der Durchführung und auch mit finanziellem Aufwand verbunden, aber generell möglich.

Nachvollziehbar dürfte sein, dass die Einleitung eines solchen Prozesses möglicherweise dann gerechtfertigt sein kann, wenn sich erhebliche Vorteile für die Studierenden ergeben, ohne das Gesamtsystem zu schwächen. Für die Studierenden des Niederrhein-Kollegs hätten sich im Rahmen einer derartigen Fusionierung jedoch keine Veränderungen ergeben, die einen solchen Weg gerechtfertigt hätten. In der Praxis wäre die Stelle der Schulleitung eingespart worden.

Die vor Ort bestehende und sich zunehmend verschärfende Gesamtproblematik hätte auf diesem Wege aber nicht gemildert und auch nicht beseitigt werden können. Die Qualität des Bildungsgangs wäre weiterhin nicht gesichert, da sich am Status quo keine Änderungen ergeben hätten und ein Anstieg der Studierendenzahlen in Oberhausen nicht zu erwarten ist. Die Möglichkeiten einer individuellen Laufbahngestaltung, die den geplanten weiteren Werdegang berücksichtigen, blieben in gleichem Maße eingeschränkt.

Deshalb wurde der sehr wohl in Betracht gezogene Weg einer Fusionierung unter Beibehaltung des Standortes Oberhausen dann wieder verworfen. In der Folge wurde nach intensiver Beratung die Auslaufstellung des Schulbetriebs am Niederrhein-Kolleg beschlossen.

Die obere Schulaufsicht hat seitdem mehrfach mitgeteilt, dass der Prozess der Auflösung des Niederrhein-Kollegs geregelt verläuft. Nach aktuellem Bericht der Bezirksregierung Düsseldorf, Stand 11. Februar 2022, sind 36 Studierende des Niederrhein-Kollegs erfolgreich an Weiterbildungskollegs der nahe gelegenen Städte gewechselt. Für die entsprechenden Schulen bedeutet dies eine begrüßenswerte Stärkung.

Aktuell verbleiben 64 Studierende in Fachsemestern am Niederrhein-Kolleg. Von diesen befinden sich 45 in der Qualifikationsphase. Alle Studierenden der Qualifikationsphase haben die Möglichkeit, ihren Abschluss, das heißt die allgemeine Hochschulreife oder gegebenenfalls auch den schulischen Teil der Fachhochschulreife, noch am Niederrhein-Kolleg zu erwerben.

Meine Damen und Herren, ich habe zur Kenntnis genommen, dass trotz der Maßnahmen, die im Sinne der Studierenden getroffen wurden, und trotz der dargestellten positiven Entwicklung Kritik an der Auslaufstellung des Schulbetriebs am Niederrhein-Kolleg geäußert wird, insbesondere von den fragstellenden Personen und von ehemaligen Studierenden.

Hinsichtlich alternativer Lösungsmöglichkeiten, die gegebenenfalls von anderen Akteuren noch gesehen werden, besteht unsererseits, besteht meinerseits die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft, sofern das vorgelegte Konzept zur Fortführung des Schulbetriebs am Niederrhein-Kolleg tragfähig ist und die Rechtskonformität gewahrt bleibt.

Für die Fortführung in Landesträgerschaft sehen wir eine solche Lösung jedoch aus den zuvor genannten Gründen nicht. Und deshalb bleibt es bei dem Beschluss in der bekannten Form.

Meine Damen und Herren, mir ist bewusst, dass eine Schulschließung für alle Betroffenen immer traurig und auch mit Veränderungen verbunden ist. Ich hoffe jedoch, dass verständlich geworden ist, warum wir diesen Schritt gehen müssen und dass diese Entscheidung vor allem eine Entscheidung ist, die den Studierenden und ihrer Berufsperspektive zugutekommt. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin Gebauer. – Es gibt eine erste Frage von Frau Kollegin Beer. Bitte schön, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Ministerin, vielen Dank für Ihre Ausführungen zu unserer Mündlichen Anfrage. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir im Augenblick die Nachfrage gegebenenfalls auch bei den Kollegs gar nicht so richtig prognostizieren können, weil auch durch die Pandemie Bildungsabbrüche neu zu verzeichnen sein werden und Nachfragen sich vielleicht neu gestalten. Das Niederrhein-Kolleg hat ja noch eine besondere Form. Deswegen möchte ich Sie fragen: Wie und wo soll denn die besondere Form des Niederrhein-Kollegs, nämlich ein Weiterbildungskolleg mit Wohnheimanbindung, erhalten werden? Das kann ich bisher überhaupt noch nicht sehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer³⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, die Frage des Wohnheimes stellt sich. Ich habe gerade nachgefragt: In Bielefeld haben wir noch die Situation, dass sich auch ein Wohnheim anschließt.

Aber die Zahlen in Bezug auf diejenigen, die das Wohnheim in Anspruch genommen haben, rechtfertigen auch nicht eine Beibehaltung bzw. eine Weiterführung des Niederrhein-Kollegs, so wie jetzt von vielen oder von einigen Seiten an dieser Stelle gewünscht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Zimkeit hat eine Frage. Bitte schön, Herr Zimkeit.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Frau Ministerin, Sie haben gerade ausgeführt, dass seit 2018 die Zahl der Schülerinnen und Schüler nicht mehr die gesetzlichen Ansprüche erreicht, und haben schriftlich dargestellt, dass das Ministerium diese Schulform gerne erhalten hätte. Was haben Sie denn unternommen, um dafür zu sorgen, dass möglicherweise mehr Schülerinnen und Schüler sich am Niederrhein-Kolleg anmelden?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Herr Zimkeit, nachdem ja nun über mehrere Jahre schon bekannt war, dass sich die Situation am Niederrhein-Kolleg so darstellt, wie sie sich darhält, haben wir in ausführlichen Gesprächen mit der Bezirksregierung Düsseldorf überlegt, wie wir die Attraktivität des Standortes vor Ort steigern können, um mehr Studierende an diesen Standort zu bekommen. Aber am Ende des Tages ist es eine Entscheidung der Studierenden, ob sie den Standort für sich wählen oder nicht. Und das haben sie in der Vergangenheit immer weniger getan.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Ott hat eine Frage. Bitte, Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Danke schön. – Frau Ministerin, ich möchte trotzdem noch mal nachfragen: Inwiefern sind die Pandemieauswirkungen bei der Schließung jetzt berücksichtigt worden?

Ich will noch mal daran erinnern, dass wir in allen Anhörungen vom Handwerk, von der IHK und auch von den Hochschulrektoren den Hinweis bekommen haben, dass viele Kinder und Jugendliche, junge Erwachsene verlorengegangen sind. Das ist ein Zitat: verlorengegangen sind. Deshalb die Frage: Inwiefern sind die Pandemieauswirkungen bei dieser Entscheidung wirklich berücksichtigt worden?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte schön.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ott, ich habe es vorhin nicht erwähnt. Deswegen mache ich es an dieser Stelle gerne: Seit den Jahren 2013 und 2014 sind die Zahlen am Niederrhein-Kolleg rückläufig. Es hat also keinen direkten Zusammenhang mit der Pandemie. Deswegen hat

es auch in diesem Zusammenhang keine Auswirkungen auf den Entschluss des Landes gehabt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Beer, zweite Frage. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Ministerin. Das wundert aber doch, weil in der Tat jetzt die Pandemiesituation doch neu bewertet werden muss. Ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass wir ja mit entsprechenden Bildungsabbrüchen, Unterbrechungen zu rechnen haben.

Ich würde Sie aber jetzt gerne noch einmal fragen: Mit wem sind denn überhaupt Alternativen, gegebenenfalls auch Schulträgerwechsel erörtert worden neben der Frage eines Teilstandortes?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Beer, ich habe vorhin schon ausgeführt, dass in diesem Zusammenhang mehrere Gespräche mit der Bezirksregierung Düsseldorf als Schulaufsicht geführt wurden

(Stefan Zimkeit [SPD]: Die selber regieren oder wie?)

und auch mit Herrn Oberbürgermeister Schranz, wie denn eine Zukunft dort am Standort aussehen könnte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Müller hat eine Frage. Bitte, Herr Müller.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, weil Sie gerade den Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen, Herrn Schranz, erwähnten: Er hatte in der Ratssitzung am 13.12.2021 von vertraulichen Vorabinformationen gesprochen. Welche Informationen hat er denn da vom Staatssekretär erhalten, und wann hat er sie erhalten, bzw. wofür bezieht sich Herr Schranz mit dieser Äußerung?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Müller, das genaue Datum des Gesprächs von Herrn Staatssekretär Richter mit Herrn Oberbürgermeister Schranz müsste ich nachliefern. Das können wir vielleicht gleich tun.

Über den Inhalt des Gespräches müsste ich Sie dann auch im Nachgang informieren. Das kann ich jetzt nicht wiedergeben, weil das Gespräch, wie Sie auch gerade gesagt haben, Herr Staatssekretär Richter geführt hat.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Cordes hat eine Frage. Bitte schön, Herr Cordes.

Frederick Cordes (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Gebauer, ich habe eine Frage zu dem Schulgebäude. Ist bereits die weitere Verwendung des Schulgebäudes des NRK geplant, und – wenn ja – zu welchem Zweck?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Liegenschaft Niederrhein-Kolleg Oberhausen befindet sich im Eigentum des Bau- und Liegenschaftsbetriebes Nordrhein-Westfalen, also des BLB. Das Ministerium für Schule und Bildung mietet, vertreten durch die Bezirksregierung, die Liegenschaft vom BLB an. Für den Mietvertrag wurde mit dem BLB eine Laufzeit bis 2030 vereinbart. Bis dahin ist das MSB verpflichtet, die verabredeten Mieten und Nebenkosten zu entrichten. Der BLB ist im Gegenzug verpflichtet, die erforderlichen Instandhaltungsarbeiten durchzuführen. Die Haushaltsmittel für alle angemieteten Liegenschaften sind im entsprechenden Kapitel des Haushalts des Ministeriums langfristig eingestellt.

Eine vorzeitige Kündigung von bestehenden Mietverträgen ist grundsätzlich nicht vorgesehen. In diesem Fall, bei dem der Mietvertrag aufgrund der Schließung der Einrichtung vorzeitig beendet werden soll, ist eine Aufhebung des Mietvertragsverhältnisses im gegenseitigen Einvernehmen zu vereinbaren. Hierzu werden das Ministerium für Schule und Bildung und der BLB in Abstimmung mit dem Finanzministerium eine Lösung erarbeiten.

Sollte die Immobilie nicht an andere Landeseinrichtungen weiterzuvermitteln sein, wird ein Bieterverfahren zur Veräußerung der Liegenschaft eingeleitet, an dem sich zum Beispiel auch die Stadt Oberhausen beteiligen kann.

Auf die weitere Nutzung des Geländes hat das Ministerium dann keinen Einfluss. Dies liegt in alleiniger Zuständigkeit des BLB.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Stotz hat eine Frage. Bitte schön.

Marlies Stotz (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, welche behördlichen Maßnahmen in Form von Anweisungen zur Schließung des Niederrhein-Kollegs wurden insbesondere in Bezug auf das Personal bereits auf den Weg gebracht, und, wenn etwas auf den Weg gebracht wurde, wann und von wem?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Stotz, selbstverständlich werden wir für die Lehrerinnen und Lehrer frühzeitig und im Dialog Perspektiven für die Fortsetzung ihrer beruflichen Laufbahn erarbeiten. Der entsprechende Prozess ist auch bereits durch die zuständige Schulaufsicht eingeleitet worden. Zu diesem Zeitpunkt sind aber noch keine formalen Versetzungsverfahren eingeleitet. Neben den dienstlichen Interessen werden wir selbstverständlich auch die persönlichen Interessen und die Wünsche der Beschäftigten angemessen berücksichtigen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Lück hat eine Frage. Bitte, Frau Lück.

Angela Lück (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, vonseiten des Ministeriums wurde die Hürde der Aufnahme wieder gesenkt. Welche anderen konkreten Maßnahmen wurden vonseiten des Ministeriums noch ergriffen, um die Studierendenzahlen dort auch wirklich wieder zu erhöhen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Lück, der Schließungsbeschluss für das Niederrhein-Kolleg ist drei Jahre aufgeschoben worden, und es ist und bleibt eine Entscheidung der Studierenden, ob sie sich am Weiterbildungskolleg Niederrhein anmelden oder ob sie es nicht tun.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Ott stellt seine zweite Frage. Bitte, Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass es wieder um Bieterverfahren geht, obwohl der Haushaltsgesetzgeber auch andere Möglichkeiten vorsieht. Meine Frage lautet zunächst: Ist es richtig, dass der Beschluss des Ministeriums zu

Schließung des Kollegs, der der kommissarischen Schulleitung mitgeteilt wurde, nicht öffentlich gemacht wurde?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ott, ich kann Ihnen keine abschließende Antwort auf Ihre Frage geben, werde sie aber selbstverständlich nachreichen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Zimkeit, die zweite und letzte Frage. Bitte schön, Herr Zimkeit.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Sie haben vorhin dargestellt, dass Sie zur Zukunft des Niederrhein-Kollegs Gespräche mit Ihrer eigenen Bezirksregierung geführt und darüber mit Oberbürgermeister Schranz aus Oberhausen gesprochen hätten. Oberbürgermeister Schranz hat mitgeteilt, er sei vertraulich über die Schließung unterrichtet worden. Vorhin haben Sie gesagt, Sie hätten mit ihm vorab über Perspektiven des Niederrhein-Kollegs gesprochen. Welche der beiden Aussagen ist richtig?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Zimkeit, beide Aussagen sind richtig. Es hat das Gespräch des Herrn Staatssekretär Richter mit Herrn Oberbürgermeister Schranz gegeben. In diesem Gespräch ist der Stand des Verfahrens des Landesrechnungshofs erörtert worden. Dort ist auch mitgeteilt worden, dass eine Schließung mit einer Übergangslösung wohl unausweichlich ist. Es ist gemeinsam verabredet worden, zu versuchen, eine attraktive Nachnutzung für diesen Standort zu finden. Soweit ich das sagen kann – ich war kein Gesprächspartner –, hat man in diesem Gespräch wohl auch ein gemeinsames Verständnis für die Situation und im Ausgang dann auch für die Schließung entwickelt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin Gebauer. – Frau Beer stellt ihre dritte und letzte Frage. Bitte, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Ministerin, daran möchte ich jetzt aber anschließen. Ich habe Sie vorhin schon einmal gefragt: Welche Möglichkeiten – über Schulträgerwechsel und Alternativen – sind denn ausgelotet worden? Es scheint, als wären überhaupt keine Alternativen erörtert worden und Sie

hätten lediglich mitgeteilt, dass es keinen Weg gebe und es zur Schließung der Schule kommen werde. Welche Aussage ist denn jetzt richtig?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Beer, zum einen gibt es eine Rechtsgrundlage, die wir zu beachten haben. Diese gilt für die kommunalen, aber auch für Einrichtungen, die dem Land unterstehen. In diesem Zusammenhang habe ich es vorhin schon einmal erwähnt. Ich sage es aber gerne noch einmal: Es ist natürlich auch geschaut worden, ob es nicht eine Fortführung in kommunaler Trägerschaft geben kann. Aber es gab in diesem Zusammenhang bis dato keine Angebote. Deswegen mussten wir hier zu einem Entschluss bzw. Beschluss kommen, dass das Niederrhein-Kolleg so nicht weitergeführt werden kann. Wir haben aber danach geschaut – vielleicht war das auch Inhalt Ihrer Frage –, ob man dann vielleicht eine Dependance-Lösung durch eine Fusionierung mit einem kommunalen Träger umsetzen kann.

Auch dazu habe ich mich im Rahmen dessen geäußert, was ich vorhin vorgetragen habe. Ich habe es schon ausgeführt, sage es aber gerne noch mal: Eine Zusammenlegung unter gleichzeitiger Erhaltung des Schulstandorts im Rahmen einer Dependance hätte die Situation für den Bildungsgang nicht verändert und auch nicht verbessert. Wir hätten dann zwar vielleicht zumindest auf dem Papier die formalen Vorgaben in Bezug auf die Mindestgröße erreicht, aber es ist Fakt, dass es nicht zu einem breiteren Bildungs- und Fächerangebot oder zu einer veränderten Studierendenzahl für den Bildungsgang des Kollegs führen würde. Ganz im Gegenteil, die Auswahl der Kurse wäre gleich geblieben. Man muss sehen, dass die Studierenden durch das beschränkte Kursangebot keine Wahlmöglichkeiten haben, um ihre berufliche Zukunft im Rahmen ihrer eigenen Fähigkeiten und Interessen vorzubereiten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Rüße hat eine Frage. Bitte, Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Ministerin, Sie haben soeben den Teilstandort angesprochen. Ich würde diesbezüglich gerne noch einmal nachfragen wollen, weil das aus meiner Sicht ein bisschen dem widerspricht, was Sie bei anderen Schulformen machen, bei denen Sie kleinere Standorte sehr wohl erhalten – auch mit der Begründung, ein regional breit aufgestelltes Bildungsangebot zu erhalten. Das finde ich auch durchaus richtig. Ich

wüsste von Ihnen gerne, warum ein Teilstandort nicht zu mehr Stabilität hätte führen können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rüsse, ich sage es noch mal: Wir haben auch für die Sekundarstufe II eine Mindestgröße vorzuhalten. Wenn diese Mindestgröße über mehrere Jahre – ich habe es vorhin gesagt – nicht erzielt wird, dann ist eine Landesregierung aufgefordert, zu handeln. Das haben wir getan.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Düker hat eine Frage. Bitte, Frau Düker.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Danke schön. – Frau Ministerin, Sie haben vorhin auf die Frage von Kollegin Beer geantwortet, es habe keine Angebote von anderen Schulträgern gegeben, es sei aber durchaus über Alternativen wie einen Schulträgerwechsel nachgedacht worden. So habe ich Sie sinngemäß verstanden. Haben Sie selber denn von sich aus Alternativen – also alternative Schulträger – gesucht? Woran sind die gescheitert?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Düker, wir haben das Gespräch mit der Kommune, mit Herrn Oberbürgermeister Schranz, geführt. Vonseiten der Kommune Oberhausen ist in dem Zusammenhang kein Angebot an uns herangetragen worden. Wir haben darauf aufmerksam gemacht und gesagt, wir würden uns freuen, wenn es Angebote gäbe.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Diese können aber letztendlich nur von kommunaler Seite erfolgen, und sie sind nicht erfolgt. Von daher kam kein Angebot zustande.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Weng hat eine Frage. Bitte, Frau Weng.

Christina Weng (SPD): Herr Präsident! Frau Ministerin, wie passt denn die Planung, die Kollegs in wenigen großen Bildungszentren zu bündeln, zum Lebensalltag erwachsener Menschen, die mitunter aufgrund komplexer Lebenssituationen, vielfältiger Ver-

pflichtungen und Handicaps nicht den Freiraum zum Pendeln in andere Städte haben?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Ich habe die Frage so nicht verstanden und bitte um Wiederholung.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ja. – Bitte, Frau Weng.

Christina Weng (SPD): Wie passt die Planung, die Kollegs in wenigen großen Zentren zu bündeln, zum Lebensalltag erwachsener Menschen, die in komplexen Lebenssituationen mit vielfältigen Verpflichtungen – vielleicht Kindern und Care-Arbeit – und Handicaps nicht den Freiraum zum Pendeln in andere Städte haben?

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Was ist denn jetzt die Frage? Ich habe die Frage immer noch nicht verstanden, aber ich versuche es mal. Eine Frage konnte ich darin nicht erkennen, aber ich versuche es trotzdem.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das Problem liegt beim Empfänger!)

Für alle Studierenden, die im Wintersemester des Schuljahrs 2021/2022 die Qualifikationsphase besuchen, ist der Erwerb der allgemeinen Hochschulreife am Niederrhein-Kolleg bei einem regulären Durchlaufen derselben garantiert. Seit Bekanntgabe der Schulschließung mit Ablauf des 31. Juli haben sich bereits 50 % der neu angemeldeten Studierenden nach individueller Beratung anderweitig orientiert.

Wie auch an anderen Standorten wird natürlich fortlaufend durch die Schulen, aber auch durch die Schulaufsicht individuell beraten, damit wir für jeden Anspruch, für jeden Menschen mit seinen besonderen Herausforderungen – Sie haben gerade Familie, Kind und Ähnliches angesprochen – ein individuelles Angebot finden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Ott stellt seine dritte und letzte Frage. Bitte, Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, in Essen ist das Nikolaus-Groß-Abendgymnasium als neues Kolleg mit Abendschulzweig an den Start gegangen. Inwieweit, wann und von wem wurden die Planungen zur Schließung des NRK mit den Planungen und der Eröffnung des

Kollegzweigs am Nikolaus-Groß-Abendgymnasium abgestimmt?

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ott, auch hier kann ich zu Ihrer Frage am heutigen Tage keine abschließende Antwort geben. Ich werde sie aber selbstverständlich nachreichen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Rüße stellt seine zweite und letzte Frage. Bitte, Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich würde gerne an die Frage anschließen, die meine Kollegin, Frau Düker, Ihnen gestellt hat, nämlich die Frage, ob es nicht einen alternativen Schulträger hätte geben können.

Frau Düker hat Sie gefragt, ob Sie Gespräche geführt haben und vielleicht auch gezielt von sich aus darum geworben haben, andere Träger jenseits der Stadt Oberhausen zu finden. Wurden solche Gespräche von Ihnen geführt, und haben Sie nach anderen Schulträgern gesucht?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rüße, unterstellt, es gäbe einen alternativen Schulträger, müsste auch dieser alternative Schulträger die Mindestgrößen erfüllen. Das ist nun einmal die Voraussetzung. Egal, welches Angebot wir am Ende des Tages am Standort Oberhausen haben: Die Voraussetzungen müssen erfüllt werden. Und ein alternativer Schulträger bringt nicht gleich mehr Studierende.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Seine zweite und letzte Frage stellt nun Herr Cordes. Bitte schön, Herr Cordes.

Frederick Cordes (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich wüsste gerne, wie lange die Stadt Oberhausen Zeit hatte, einen alternativen Träger zu finden. Mich würde das Datum interessieren, zu dem Sie mit dem Oberbürgermeister gesprochen haben, und die Zeit bis zu der Entscheidung, dass man einen Schulträger hätte finden müssen. Wie viel Zeit hatte die Stadt Oberhausen überhaupt?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Cordes, es gab hier keine zeitliche Begrenzung in Bezug auf die Abgabe eines Angebots. Aber es gab auch kein Signal der Stadt Oberhausen, dass sie vorhat, in die Trägerschaft einzusteigen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Mostofizadeh hat noch eine Frage. Bitte schön.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie haben die Frage von Herrn Rüße so beantwortet – zumindest würde ich das so auslegen –, dass Sie nicht mit alternativen Schulträgern gesprochen haben, weil Sie nicht davon ausgehen konnten, dass dieser die Mindestanforderungen erfüllen würde.

Das würde ich mit Ihrer Aussage von vorhin zusammennehmen, dass bis 2030 das Land bzw. das MSB für die Kosten dieses Standorts aufkommen muss. Deswegen stellt sich mir die Frage, warum es für Sie haushaltsrechtlich günstiger ist, diesen Standort aufzugeben, weiterhin Kosten zu tragen und keinen alternativen Träger zu haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Mostofizadeh, ich habe gesagt: Auch ein anderer Schulträger muss die rechtlichen Vorgaben erfüllen. Nur ein Schulträgerwechsel sorgt nicht dafür, dass sich mehr Studierende dafür entscheiden, dort ihren Berufsbildungsgang aufzunehmen. Das ist nicht der Fall. Das ist aber die Voraussetzung, dass am Ende des Tages, egal in welcher Trägerschaft, die Studierenden dort unterrichtet werden können.

Zu Ihrer Frage: Das hat mit Haushaltsrecht nichts zu tun, sondern der Landesrechnungshof hat uns aufgefordert, hier entsprechend tätig zu werden. Die Vorgaben, die es in Bezug auf die Immobilie gibt, habe ich Ihnen genannt. Aber es ist keine Entscheidung in Bezug auf die Immobilie, in Bezug auf das Haushaltsrecht getroffen worden, sondern es ist eine Entscheidung dahin gehend getroffen worden, dass einfach schlicht und ergreifend seit über zehn Jahren rückläufige Schülerzahlen zu verzeichnen sind und eine Entscheidung getroffen werden musste. Ein Signal für die Übernahme durch einen kommunalen Schulträger hat es in diesem Zusammenhang nicht gegeben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Müller, die zweite und letzte Frage, bitte.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich würde ganz gerne noch mal bei Herrn Cordes einhaken. Sie hatten gerade ausgeführt, dass es mit Blick auf die Möglichkeit, hier eine Lösung zu finden, keine zeitliche Begrenzung gegeben habe.

Jetzt hängt das natürlich ein Stück weit davon ab, ob der Oberbürgermeister das im September 2021 oder im August 2020 erfahren hat. Sie hatten gerade auch noch mal Zeit, sich bei Herrn Staatssekretär kurz rückzuversichern. Wann hat denn dieses Gespräch stattgefunden, in dem dem Oberbürgermeister Schranz signalisiert wurde, dass es zu einer entsprechenden Schließungsentscheidung kommen würde, sollte sich keine Lösung abzeichnen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Müller, auch hierzu kann ich zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende Antwort geben. Aber das genaue Datum reichen wir natürlich gerne nach.

Vizepräsident Oliver Keymis: Prima, vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Mostofizadeh, die zweite und letzte Frage, bitte schön.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident, vielen Dank. – Frau Ministerin, ich mache es mal ein bisschen einfacher, damit das nicht so abstrakt klingt. „Haushaltsrechtlich“ hört sich ja immer so schwierig an.

Ich habe schlicht folgende Frage. Wenn man einen Schulstandort bis 2030 gemietet hat, dafür die Miete zahlen muss und dafür keinen Nachmieter oder keine Nachmieterin bekommt, dann ist es für mich schlichtweg mit dem normalen Menschenverstand nicht erklärbar, warum man diesen Standort ungenutzt stehenlässt. Daher stelle ich die Frage, ob das bei den Erörterungen mit dem Landesrechnungshof eine Rolle gespielt hat.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesrechnungshof hat uns Vorgaben gegeben. Es gab in diesem Zusammenhang keinen Spielraum, mit dem Landesrechnungshof Erörterungen vorzunehmen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das nennt man aber auch kontradiktorisches Verfahren!

– Ich dachte, Sie wollten ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist das kleine Einmaleins!)

– Schön, dass Sie mich über das kleine Einmaleins belehren, Herr Mostofizadeh.

(Zuruf von Stephan Haupt [FDP] – Thorsten Schick [CDU]: Wie geantwortet wird, entscheiden nicht Sie! – Glocke)

Ich möchte aber vielleicht für Sie zur Kenntnis geben, dass in der Immobilie noch Studierende sind, weil der Schulbetrieb dort noch weiterläuft, und daher zum jetzigen Zeitpunkt eine Weiternutzung noch gar nicht zur Disposition steht und stehen kann. Die Zeit bis dahin werden wir natürlich nutzen, zu versuchen, eine Weiterverwendung dafür zu finden. Aber ich kann nicht dafür garantieren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Stotz stellt ihre zweite und letzte Frage. Bitte, Frau Stotz.

Marlies Stotz (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Mich würde noch mal interessieren, welche Gelder in der Etatplanung des Ministeriums für Schule und Bildung für den Betrieb des Niederrhein-Kollegs in den Jahren 2020, 2021 und 2022 eingestellt worden sind.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch dazu kann ich heute keine abschließende Antwort geben. Aber diese reiche ich selbstverständlich nach.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin Gebauer. – Weitere Fragen sind nicht eingereicht. Damit schließen wir die mündlichen Anfragen 115 und 117.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 116

des Abgeordneten Jochen Ott von der SPD-Fraktion auf. Thema: Plant die Landesregierung, zum Wohle der Schülerinnen und Schüler im Rahmen der KMK und in Rücksprache mit der web-individualschule eine länderübergreifende Lösung für die Problematik der Externenprüfung zu suchen?

Ich darf darauf hinweisen, dass die Landesregierung entscheidet, wer antwortet. Es antwortet hier – so ist das angekündigt – Frau Ministerin Gebauer. Damit, Frau Ministerin, haben Sie das Wort. Bitte schön.

(Frank Müller [SPD]: Es gibt wenige Alternativen!)